

**No. 33464**

---

**GERMANY  
and  
TUNISIA**

**Agreement concerning family allowances. Signed at Bonn on  
20 September 1991**

*Authentic texts: German, Arabic and French.  
Registered by Germany on 17 December 1996.*

---

**ALLEMAGNE  
et  
TUNISIE**

**Convention relative aux allocations familiales. Signée à Bonn  
le 20 septembre 1991**

*Textes authentiques : allemand, arabe et français.  
Enregistrée par l'Allemagne le 17 décembre 1996.*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DER TUNESISCHEN REPUBLIK ÜBER KINDERGELD

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Tunesische Republik -

in dem Wunsch, ihre Beziehungen im Bereich der Sozialen Sicherheit auch auf das Kindergeld zu erstrecken -

haben folgendes vereinbart:

Abschnitt I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke

1. "Hoheitsgebiet"

in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland,

in bezug auf die Tunesische Republik das Hoheitsgebiet der Tunesischen Republik;

2. "Staatsangehöriger"

in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland einen Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,

in bezug auf die Tunesische Republik eine Person tunesischer Staatsangehörigkeit im Sinne des tunesischen Staatsangehörigkeitsgesetzes;

3. "Rechtsvorschriften"

die Gesetze, Verordnungen, Satzungen und sonstigen allgemein rechtsetzenden Akte, die sich auf die in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Zweige und Systeme der Sozialen Sicherheit beziehen und die bei der Unterzeichnung des Abkommens in Kraft sind oder später in Kraft treten werden;

4. "zuständige Behörde"

in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung,

in bezug auf die Tunesische Republik den Minister für Soziale Angelegenheiten;

5. "Träger"

die Einrichtung oder die Behörde, der die Durchführung in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneter Rechtsvorschriften obliegt;

6. "zuständiger Träger"

den nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften zuständigen Träger;

## 7. "Beitragszeit"

eine Zeit, für die nach den Rechtsvorschriften im Sinne des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tunesischen Republik über Soziale Sicherheit (im folgenden als Abkommen über Soziale Sicherheit bezeichnet) oder dieses Abkommens Beiträge entrichtet sind oder als entrichtet gelten;

## 8. "gleichgestellte Zeit"

eine Zeit, soweit sie nach den Rechtsvorschriften im Sinne des Abkommens über Soziale Sicherheit oder dieses Abkommens, nach denen sie zurückgelegt wurde oder als zurückgelegt gilt, einer Beitragszeit gleichsteht.

## Artikel 2

(1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, bezieht es sich

1. auf die deutschen Rechtsvorschriften über das Kindergeld,
2. auf die tunesischen Rechtsvorschriften über das Kindergeld.

(2) Bei Anwendung dieses Abkommens finden die Rechtsvorschriften keine Anwendung, die sich für einen Vertragsstaat aus anderen zwischenstaatlichen Übereinkünften oder aus überstaatlichem Recht ergeben oder zu deren Ausführung dienen.

### Artikel 3

Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, gilt es für Arbeitnehmer, die

- a) Staatsangehörige eines Vertragsstaats,
- b) Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls vom 31. Januar 1967 zu dem genannten Abkommen,
- c) Staatenlose im Sinne des Artikels 1 des Übereinkommens vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen

sind.

### Artikel 4

Die in Artikel 3 bezeichneten Arbeitnehmer, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats aufhalten, stehen bei Anwendung der Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaats dessen Staatsangehörigen gleich.

### Artikel 5

(1) Für die Beitragspflicht und für die Gewährung von Kindergeld sind die Artikel 6 bis 8 und 10 des Abkommens über Soziale Sicherheit sinngemäß anzuwenden; Ausnahmeregelungen nach Artikel 11 des Abkommens über Soziale Sicherheit gelten auch für das Kindergeld.

(2) Finden nach Absatz 1 nicht die Rechtsvorschriften des Vertragsstaats Anwendung, in dessen Hoheitsgebiet der Arbeitnehmer beschäftigt ist, so gilt dies auch für dessen Ehegatten, sofern dieser nicht aufgrund eigener Beschäftigung als Arbeitnehmer den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaats unterliegt.

## Abschnitt II Besondere Bestimmungen

### Artikel 6

Soweit nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats der Anspruch auf Kindergeld von der Zurücklegung von Beitragszeiten oder gleichgestellten Zeiten abhängt, berücksichtigt der zuständige Träger dieses Vertragsstaats auch Beitragszeiten und gleichgestellte Zeiten, die der Berechtigte nach den vom Abkommen über Soziale Sicherheit erfaßten Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats als Arbeitnehmer zurückgelegt hat.

### Artikel 7

(1) Ein Arbeitnehmer, der nach Artikel 5 Absatz 1 während seiner Beschäftigung den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats unterliegt, hat auch Anspruch auf Kindergeld für Kinder, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhalten, sofern er für diese unterhaltspflichtig ist. Einer Beschäftigung stehen Zeiten gleich, in denen der Arbeitnehmer nach Beendigung seines Beschäftigungsverhältnisses Geldleistungen der Krankenversicherung wegen vorübergehender Arbeitsunfähigkeit oder Leistungen der Arbeitslosenversicherung erhält und sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet des ersten Vertragsstaats aufhält.

(2) Für den Anspruch auf Kindergeld nach Absatz 1 werden höchstens vier Kinder berücksichtigt. Soweit die Höhe des Kindergelds von der Ordnungszahl des Kindes abhängt, werden die in den beiden Vertragsstaaten lebenden Kinder des Arbeitnehmers getrennt gezählt.

(3) Für den Arbeitnehmer, der den deutschen Rechtsvorschriften unterliegt, beträgt der Satz des Kindergelds unter Berücksichtigung des Kindergelds, das nach tunesischen Rechtsvorschriften für eine Familie in Tunesien insgesamt gewährt wird,

- Wohnlandprinzip -

für das erste Kind	10 Deutsche Mark monatlich,
für das zweite Kind	25 Deutsche Mark monatlich,
für das dritte Kind	25 Deutsche Mark monatlich,
für das vierte Kind	25 Deutsche Mark monatlich.

Für den Arbeitnehmer, der den tunesischen Rechtsvorschriften unterliegt, beträgt der Satz des Kindergelds

für das erste Kind	4,320 Dinar monatlich,
für das zweite Kind	3,840 Dinar monatlich,
für das dritte Kind	3,360 Dinar monatlich,
für das vierte Kind	2,880 Dinar monatlich.

Haben sich die Voraussetzungen, die den vorstehend festgelegten Sätzen zugrunde gelegen haben, beträchtlich verändert, so werden Neuverhandlungen im Hinblick auf ihre Änderung eingeleitet.

(4) Kindergeld ist für folgende Kinder bis zur Vollendung des 16. Lebensjahrs zu zahlen, sofern sie nicht verheiratet sind:

1. eheliche Kinder,
2. für ehelich erklärte Kinder,
3. an Kindes Statt angenommene Kinder,
4. anerkannte nichteheliche Kinder,
5. Stiefkinder, die in den Haushalt des Berechtigten aufgenommen sind.

(5) Sind die Voraussetzungen für einen Anspruch auf Kindergeld für ein Kind sowohl nach diesem Abkommen als auch nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats gegeben, in dessen Hoheitsgebiet sich das Kind gewöhnlich aufhält, so wird Kindergeld ausschließlich nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaats gewährt.

(6) Verlegt ein Kind während eines Kalendermonats seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet des einen Vertragsstaats in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats, so ist für diesen Monat das Kindergeld ausschließlich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, gegebenenfalls in Verbindung mit diesem Abkommen, zu gewähren, die am Beginn des Monats anzuwenden waren.

(7) Das Kindergeld wird jeweils vom zuständigen Träger in der Währung des Vertragsstaats gezahlt, dessen Rechtsvorschriften der Arbeitnehmer unterliegt. Auf Antrag des Arbeitnehmers zahlt der zuständige Träger das Kindergeld mit befreiender Wirkung an die Verbindungsstelle im Wohnland des Kindes für die natürliche oder juristische Person, die für das Kind überwiegend sorgt. Das gleiche gilt, wenn auf Verlangen dieser Person die Verbindungsstelle im Wohnland der Kinder dies beantragt und der Nachweis erbracht wird,



daß das dem Arbeitnehmer ausgezahlte Kindergeld von ihm nicht für den Unterhalt des Kindes verwendet wird. Sorgen neben dem Ehegatten des Berechtigten andere Personen für das Kind, so ist das Kindergeld dem Ehegatten auszuführen. Der Arbeitnehmer gilt als Empfänger des Kindergelds im Sinne der Vorschriften über die Rückzahlung zu Unrecht gewährten Kindergelds.

### Abschnitt III Verschiedene Bestimmungen

#### Artikel 8

Artikel 25 Absatz 1, Artikel 26, Artikel 27, Artikel 28 Absatz 1, Artikel 32 und Artikel 33 Absatz 1 und Absätze 3 bis 5 des Abkommens über Soziale Sicherheit, Artikel 2 und 3 des Zusatzprotokolls zu dem Abkommen über Soziale Sicherheit und Artikel 7 der Durchführungsvereinbarung zu dem Abkommen über Soziale Sicherheit sind entsprechend anzuwenden.

#### Artikel 9

(1) Die zuständigen Behörden werden die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen Verwaltungsmaßnahmen vereinbaren. Sie unterrichten einander über Änderungen und Ergänzungen der für sie geltenden in Artikel 2 bezeichneten Rechtsvorschriften.

(2) Zur Erleichterung der Durchführung dieses Abkommens werden folgende Verbindungsstellen bestimmt:

in der Bundesrepublik Deutschland  
die Hauptstelle der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg;

in der Tunesischen Republik  
die Nationalversicherungsanstalt (Caisse Nationale de Sécurité Sociale - C.N.S.S.), Tunis.

Abschnitt IV  
Schlußbestimmungen

Artikel 10

Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahrs kündigen.

Artikel 11

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Tunis ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

Zu Urkund dessen haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Abkommen unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

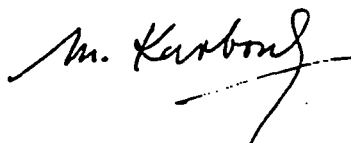
Geschehen zu Bonn am 20. September 1991

in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und  
französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist.  
Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des ara-  
bischen Wortlauts ist der französische Wortlaut maßgebend.

Für die Bundesrepublik  
Deutschland:



Für die Tunesische  
Republik:

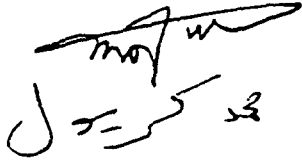


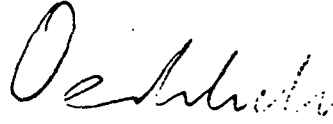
حررت ببيون بتاريخ 20 سبتمبر 1991

ففي نظيرين أصليين كل منهما باللغة الألمانية والعربية  
والفرنسية وتكون النصوص الثلاثة معتمدة. وفي حال  
تباين نصي تأويل النصين الألماني والعربي يرجح  
النص الفرنسي.

عن جمهورية ألمانيا الاتحادية

عن الجمهورية التونسية

  
محمد كرووف



(2) لتسهيل تطبيق هذه الاتفاقية، يتم تعيين مؤسسات الاتصال التالية :

في جمهورية ألمانيا الاتحادية : مركز الديوان الفيدرالي  
للتشغيل بنسورنبرغ •  
في الجمهورية التونسية : الصندوق القومي للضمان الاجتماعي - تونس •

### العنوان الرابع : أحكام ختامية

#### المادة العاشرة :

تبرم هذه الاتفاقية لمدة غير محدّدة ويمكن ابطال العمل  
بها من قبل كل من الدولتين المتعاقبتين، شريطة اشعار  
بسبق لمدة ثلاثة أشهر، قبل انتهاء عام مدني •

#### المادة الحادية عشر :

(1) تعرض هذه الاتفاقية على المصادقة ويتم تبادل وثائق التصديق  
عليها في أقرب وقت ممكن بتونس •

(2) تدخل هذه الاتفاقية حيز التنفيذ في اليوم الاول  
من الشهر الثاني الذي يلي اّخر يوم من الشهر الذي  
تمّ خلاله تبادل وثائق التصديق •

واثباتا لذلك وقّع المندوبان المفوضان من قبل  
حكومتيهما هذه الاتفاقية وذيلاها بختمهما •

تدفع المؤسسة المختصة المنح العائلية بأثر تحريري إلى مؤسسة الاتصال في الدولة التي يقيم بها الطفل وذلك لحساب الشخص الطبيعي أو المعنوي الذي يتولى أيا رعاية الطفل. وكذلك الأمر إذا تقدمت مؤسسة الاتصال في بلد إقامة الطفل، بناءً على طلب من قبل الشخص المذكور، بمطلب في هذا الشأن وثبت أن العامل لا يستعمل المنح العائلية التي تدفع له في الانفصال على الطفل. وعندما يتولى أشخاص آخرون رعاية الطفل علاوة على زوج المنتفع فإن المنح العائلية تدفع إلى الزوج. يعتبر العامل منتفعا بالمنح العائلية بمقتضى الأحكام التي تنظم استرجاع المنح العائلية الممنوحة بدون موجب.

### العنوان الثالث : أحكام مختلفة

#### الفصل الثامن :

تطبق بالمثل أحكام الفقرة 1 من الفصل 25 والفصل 26 والفصل 27 والفقرة 1 من الفصل 28 والفصل 32 والفقرات 1 و 3 إلى 5 من الفصل 33 من الاتفاقية المتعلقة بالضمان الاجتماعي والفصلان 2 و 3 من البروتوكول الإضافي للاتفاقية المتعلقة بالضمان الاجتماعي والفصل 7 من الترتيب المتعلق بإجراءات تطبيق هذه الاتفاقية.

#### الفصل التاسع :

(1) تتفق المؤسسات المختصة على الإجراءات الإدارية اللازمة لتطبيق هذه الاتفاقية وتتبادل المعلومات الخاصة بكل التغييرات والإضافات المدخلة على التشريع المنطبق عليها والمنصوص عليه في الفصل الثاني.

بالنسبة للعامل الخاضع لتشريع التونسي فان مقدار المنح العائلية يكون:

x	بالنسبة للطفل الاول	4,320	د في الشهر
x	بالنسبة للطفل الثاني	3,840	د في الشهر
x	بالنسبة للطفل الثالث	3,360	د في الشهر
x	بالنسبة للطفل الرابع	2,880	د في الشهر

اذا طرأ تغيير واضح في الشروط التي تمّ على أساسها  
تحديد المقادير المبينة أعلاه فانه يقع اجراء مفاوضات بغرض تعديلها.

تدفع المنح العائلية للاطفال الآتي ذكرهم حتى سن  
السادسة عشرة تامة بشرط أن لا يكونوا متزوجين:

- الاطفال الشرعيين
- الاطفال الذين أصبحوا شرعيين
- الاطفال المتبنين
- الاطفال الولودين خارج العلاقات الزوجية والمعترف بهم.
- الاطفال الولودين من زواج آخر والذين يتحمل المنتفع أعباءهم.

(5) اذا توفرت شروط استحقاق المنح العائلية بالنسبة لطفل طبقاً  
لفصول هذه الاتفاقية وتشريع الدولة المتعاقدة والتي على ترابها  
يقطن الطفل فان المنح العائلية لا تمنح الا بمقتضى تشريع  
هذه الدولة المتعاقدة.

(6) اذا وقع تغيير في مقر الإقامة بالنسبة لطفل من تراب دولة  
من الدول المتعاقدة الى تراب الدولة الاخرى خلال الشهر المدني  
فان دفع المنح العائلية بالنسبة لذلك الشهر لا يقع الا تحت ظل  
تشريع الدولة المتعاقدة المنطبق في أول ذلك الشهر مع اعتبار  
أحكام هذه الاتفاقية عند الاقتضاء.

(7) تدفع المنح العائلية من قبل المؤسسة المختصة بعملية  
الدولة المتعاقدة الخاضع لتشريعها العوامل بطلب من العامل

تأخذ بعين الاعتبار فترات الاشتراك والفترات المماثلة المقضاة من قبل المنتفع كعامل أجيبر تحت تشريع السدولة المتعاقدة الاخرى المنصوم عليه بالاتفاقية المتعلقة بالزمان الاجتماعي.

### الفصل السابع :

(1) العامل الذي يخضع خلال فترة اشتغاله لتشريع احدى الدولتين المتعاقدتين طبقا للفقرة الاولى من الفصل 5 له الحق في المنح العائلية بالنسبة لأطفاله المقيمين فوق تراب الدولة المتعاقدة الاخرى شريطة أن يكونوا تحت كفالتهم. تعدّ فترات اشتغال الفترات التي يتمتع خلالها العامل بعد انتهاء عقد الشغل بالمنافع التقديرية بسبب عجز وقتي عن العمل تحت رسم التأمين عن المرضي أو بمنافع عن التأمين عن البطالة والتي يقيم خلالها فوق تراب الدولة المتعاقدة الاولى.

(2) لا يؤخذ بعين الاعتبار للتمتع بحق المنح العائلية طبقا لاحكام الفقرة السابقة الا أربعة أطفال على أقصى حدّ طالما يحدّد مقدار المنحة طبقا لرتبة الطفل، فإن أطفال العامل الموجودين على تراب الدولتين المتعاقدتين يحسبون كل على حدة.

(3) بالنسبة للعامل الخاضع للتشريع الالمانسي فإن مقدار المنح العائلية يكون باعتبار المنح العائلية الجمليّة الممنوحة لعائلة في تونس حسب التشريع التونسي ( مبدأ بـد الاتمامة ) :

× بالنسبة للطفل الاول	10	دم في الشهر
× بالنسبة للطفل الثاني	25	دم في الشهر
× بالنسبة للطفل الثالث	25	دم في الشهر
× بالنسبة للطفل الرابع	25	دم في الشهر



28 جويلية 1951 المتعلقة بأحوال اللاجئين وبروتوكول  
31 جانفي 1967 الملحق بهاته الاتفاقية.

ج - عديمو الجنسية حسب ما جاء به الفصل الاول من  
اتفاقية 28 سبتمبر 1954 المتعلقة بأحوال عديمي الجنسية.

### الفصل الرابع :

يشبه العملة الاجراء المشار اليهم في الفصل الثالث  
والمقيمون على تراب احدى الدولتين المتعاقدين بمواطني هذه  
الدولة بالنسبة لتطبيق تشريعها.

### الفصل الخامس :

1) تطبق أحكام الفصول 6 الى 8 و 10 من الاتفاقية  
المتعلقة بالضمن الاجتماعي بالمثل على الالتزام بدفع الاشتراكات  
واسدء المنح العائلية، وتطبق أيضا استثناءات أحكام الفصل 11  
من الاتفاقية المذكورة على المنح العائلية.

2: اذا كان تشريع الدولة المتعاقدة التي يشتغل على ترابها  
العامل الأجير لا ينطبق حسب أحكام الفقرة السابقة فان  
نفس الشيء يجرى على زوجه على شرط ألا يكون هذا الاخير  
خاضعا لتشريع هذه الدولة المتعاقدة بصفته عاملا أجيرا حسب  
شغل شخصي.

### العنوان الثاني : أحكام خاصة

#### الفصل السادس :

طالما كان الحق في المنح العائلية تحت ظل تشريع احدى  
الدولتين المتعاقدين مقيّدا بقضاء فترات اشتراك أو فترات  
مماثلة فان المؤسسة المختصة لهاته الدولة المتعاقدة

7 - تعني عبارة " فترة الاشتراك " :

الفترة التي تمّ فيها دفع الاشتراكات أو التي تمّ اعتبار دفعها حسب التشريع المحدد في الاتفاقية المبرمة بين جمهورية ألمانيا الاتحادية والجمهورية التونسية في ميدان الضمان الاجتماعي ( السمة فيما يلي بالاتفاقية المتعلقة بالضمان الاجتماعي ) أو هذه الاتفاقية .

8 - تعني عبارة " الفترة المعادلة " .

الفترة المعادلة لفترة اشتراك طبقا للتشريع المحدد في الاتفاقية المتعلقة بالضمان الاجتماعي أو هذه الاتفاقية والتي تمت في ظلّه أو التي وقع اعتبارها كذلك .

### الفصل الثاني :

(1) ما لم تنص هذه الاتفاقية على خلاف ذلك فإنها تنطبق :

- 1 - على التشريع الألماني المتعلق بالمنح العائلية .
- 2 - على التشريع التونسي المتعلق بالمنح العائلية .

(2) عند تطبيق هذه الاتفاقية لا تترى أحكام الاتفاقيات الدولية أو القوانين الدولية الأخرى التي تلزم أحد الطرفين المتعاقدين وكذلك الأحكام التي اتخذت بمقتضاها .

### الفصل الثالث :

ما لم تنص هذه الاتفاقية على خلاف ذلك فإنها تنطبق على العملية الأجرية الذين هم :

- أ - مواطنو إحدى الدولتين المتعاقدين .
- ب - اللاجئون حسب ما جاء به الفصل الأول من اتفاقية

2 - تعني عبارة " مواطن " :

بالنسبة لجمهورية ألمانيا الاتحادية شخص ألماني الجنسية حسب القانون الاساسي لجمهورية ألمانيا الاتحادية.  
وبالنسبة للجمهورية التونسية شخص تونسي الجنسية حسب مجلة الجنسية التونسية.

3 - تعني عبارة " تشريع " :

القوانين والتراتيب والاحكام التأسيية وكل الاحكام التشريعية الاخرى المتعلقة بنظم وفروع الضمان الاجتماعي المشار اليها بالفقرة الاولى من الفصل الثاني والجارى بها العمل في تاريخ التوقيع على هذه الاتفاقية أو التي سيجرى بها العمل في فترة لاحقة.

4 - تعني عبارة " السلطة المختمة " :

بالنسبة لجمهورية ألمانيا الاتحادية الوزير الفيدرالي للشغل والشؤون الاجتماعية.

بالنسبة للجمهورية التونسية وزير الشؤون الاجتماعية

5 - تعني عبارة " المؤسسة " :

المؤسسة أو السلطة المكلفة بتنفيذ التشريع المنصوص عليه بالفقرة الاولى من الفصل الثاني.

6 - تعني عبارة " المؤسسة المختمة " :

المؤسسة المختمة حسب التشريع المطبق.

## [ARABIC TEXT — TEXTE ARABE]

## اتفاقية

بين جمهورية ألمانيا الاتحادية  
والجمهورية التونسية  
المتعلقة بالمنح العائلية

ان جمهورية ألمانيا الاتحادية

و

الجمهورية التونسية

تحدوهما الرغبة في أن تشمل العلاقات  
التي تربطهما في ميدان الضمان الاجتماعي المنح العائلية اتفقتسا  
على الاحكام التالية :

العنوان الاول : أحكام عامةالفصل الاول :

• لغرض تطبيق هذه الاتفاقية .

1 - تعني عبارة " تراب " :

بالنسبة لجمهورية ألمانيا الاتحادية تراب جمهورية

ألمانيا الاتحادية .

وبالنسبة للجمهورية التونسية تراب الجمهورية

التونسية .

CONVENTION<sup>1</sup> ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LA RÉPUBLIQUE TUNISIENNE RELATIVE AUX ALLOCATIONS FAMILIALES

La République fédérale d'Allemagne

et

la République Tunisienne,

Desireuses d'étendre leurs relations dans le domaine de la sécurité sociale également aux allocations familiales, sont convenues des dispositions suivantes:

Titre I

Dispositions générales

Article 1

Aux fins de l'application de la présente Convention:

1. le terme "territoire" désigne

en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne le territoire de la République fédérale d'Allemagne,

en ce qui concerne la République Tunisienne le territoire de la République Tunisienne;

<sup>1</sup> Entrée en vigueur le 1<sup>er</sup> août 1996 par l'échange des instruments de ratification à Tunis, conformément à l'article 11.

2. le terme "ressortissant" désigne

en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne un allemand au sens de la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne,

en ce qui concerne la République Tunisienne une personne de nationalité tunisienne au sens du Code Tunisien de la Nationalité;

3. le terme "législation" désigne

les lois, règlements, dispositions statutaires et autres actes législatifs se rapportant aux branches et régimes de sécurité sociale énumérés au paragraphe 1 de l'article 2 et qui sont en vigueur à la date de la signature de la présente Convention ou entreront en vigueur ultérieurement;

4. le terme "autorité compétente" désigne

en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne le Ministre fédéral du Travail et des Affaires sociales,

en ce qui concerne la République Tunisienne le Ministre des Affaires sociales;

5. le terme "institution" désigne

l'institution ou l'autorité chargée de l'exécution de la législation visée au paragraphe 1 de l'article 2;

6. le terme "institution compétente" désigne

l'institution compétente en vertu de la législation applicable;

7. le terme "période de cotisation" désigne

une période pour laquelle des cotisations ont été versées ou sont considérées comme étant versées conformément à la législation telle que définie à la Convention entre la République fédérale d'Allemagne et la République Tunisienne relative à la sécurité sociale (désignée ci-après Convention relative à la sécurité sociale) ou à la présente Convention;

8. le terme "période équivalente" désigne

une période dans la mesure où elle est équivalente à une période de cotisation conformément à la législation telle que définie dans la Convention relative à la sécurité sociale ou dans la présente Convention, législation sous laquelle elle a été accomplie ou est considérée comme étant accomplie.

## Article 2

(1) A moins que la présente Convention n'en dispose autrement, elle est applicable

1. à la législation allemande relative aux allocations familiales ("Kindergeld")

2. à la législation tunisienne relative aux allocations familiales.

(2) Ne sont pas applicables, lors de l'application de la présente Convention, les dispositions d'autres accords internationaux ou de la législation supranationale liant un des Etats contractants ou prises en vertu de l'application de ceux-ci.

### Article 3

A moins qu'il n'en soit disposé autrement, la présente Convention s'applique aux travailleurs salariés qui sont:

- a) des ressortissants de l'un des Etats contractants;
- b) des réfugiés au sens de l'article premier de la Convention du 28 juillet 1951 relative au statut des réfugiés<sup>1</sup> et du Protocole du 31 janvier 1967<sup>2</sup> annexé à ladite Convention;
- c) des apatrides au sens de l'article premier de la Convention du 28 septembre 1954 relative au statut des apatrides<sup>3</sup>.

### Article 4

Les travailleurs salariés visés à l'article 3 et résidant sur le territoire de l'un des Etats contractants sont assimilés, dans le cadre de l'application de la législation de cet Etat contractant aux ressortissants de ce dernier.

---

<sup>1</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 189, p. 137.

<sup>2</sup> *Ibid.*, vol. 606, p. 267.

<sup>3</sup> *Ibid.*, vol. 360, p. 117.



### Article 5

(1) Les dispositions des articles 6 à 8 et 10 de la Convention relative à la sécurité sociale s'appliquent par analogie à l'obligation de verser des cotisations et à l'octroi des allocations familiales; les dérogations en vertu des dispositions de l'article 11 de ladite Convention sont également applicables aux allocations familiales.

(2) Lorsque, conformément aux dispositions du paragraphe précédent, la législation de l'Etat contractant sur le territoire duquel le travailleur salarié exerce un emploi, n'est pas applicable, ceci s'applique également à son conjoint, à condition que celui-ci ne soit pas soumis en tant que travailleur salarié en vertu d'un emploi personnel, à la législation de cet Etat contractant.

## Titre II

### Dispositions particulières

### Article 6

Dans la mesure où, sous la législation de l'un des Etats contractants, le droit aux allocations familiales est subordonné à l'accomplissement de périodes de cotisation ou de périodes équivalentes, l'institution compétente de cet Etat contractant prend également en considération les périodes de cotisation et les périodes équivalentes accomplies par le bénéficiaire comme travailleur salarié sous la législation de l'autre Etat contractant visée par la Convention relative à la sécurité sociale.

### Article 7

(1) Un travailleur qui, en vertu du paragraphe 1 de l'article 5, est soumis pendant la durée de son emploi à la législation de l'un des Etats contractants a également droit aux allocations familiales pour les enfants résidant sur le territoire de l'autre Etat contractant à condition qu'ils soient à sa charge. Sont assimilées à un emploi les périodes pendant lesquelles le travailleur bénéficie, après l'expiration de son contrat de travail, des prestations en espèces pour incapacité de travail temporaire au titre de l'assurance maladie ou des prestations au titre de l'assurance chômage et réside sur le territoire du premier Etat contractant.

(2) Pour le bénéfice des allocations familiales selon le paragraphe 1 sont pris en considération quatre enfants au maximum. Dans la mesure où le taux des allocations familiales est déterminé en fonction du rang de l'enfant, les enfants du travailleur se trouvant sur les territoires des deux Etats contractants sont décomptés séparément.

(3) Pour le travailleur soumis à la législation allemande, le taux des allocations familiales est, compte tenu des allocations familiales accordées au total pour une famille en Tunisie selon la législation tunisienne - principe du pays de résidence -,

pour le premier enfant de 10 DM par mois,  
pour le deuxième enfant de 25 DM par mois,  
pour le troisième enfant de 25 DM par mois,  
pour le quatrième enfant de 25 DM par mois.

Pour le travailleur soumis à la législation tunisienne, le taux des allocations familiales est:

pour le premier enfant de 4,320 dinars par mois,  
pour le deuxième enfant de 3,840 dinars par mois,  
pour le troisième enfant de 3,360 dinars par mois,  
pour le quatrième enfant de 2,880 dinars par mois.

Lorsque les conditions ayant été à la base de l'établissement des taux fixés ci-dessus auront notablement changé, de nouvelles négociations se tiendront en vue de leur modification.

(4) Les allocations familiales sont à verser pour les enfants énumérés ci-après jusqu'à l'âge de seize ans révolus, à condition que ceux-ci ne soient pas mariés:

1. les enfants légitimes;
2. les enfants légitimés;
3. les enfants adoptifs;
4. les enfants naturels reconnus;
5. les enfants d'un autre lit pris en charge dans le ménage du bénéficiaire.

(5) Lorsque les conditions donnant droit aux allocations familiales sont remplies pour un enfant en vertu de la présente Convention et de la législation de l'Etat contractant sur le territoire duquel l'enfant réside, les allocations familiales sont exclusivement accordées sous la législation de cet Etat contractant.

(6) Lorsque, au cours d'un mois civil, un enfant transfère sa résidence du territoire de l'un des Etats contractants sur le territoire de l'autre Etat contractant, les allocations familiales pour ce mois sont à verser exclusivement sous la législation de l'Etat contractant applicable au début de ce mois, le cas échéant, en relation avec les dispositions de la présente Convention.

(7) Les allocations familiales sont versées par l'institution compétente dans la monnaie de l'Etat contractant à la législation duquel le travailleur est soumis. A la demande du travailleur, l'institution compétente verse les allocations familiales, avec effet libératoire, à l'organisme de liaison dans le pays de résidence de l'enfant pour le compte de la personne physique ou morale assurant principalement la garde de l'enfant. Ceci vaut également, si à la requête de cette personne, l'organisme de liaison dans le pays de résidence de l'enfant en introduit la demande et que la preuve est apportée que les allocations familiales versées au travailleur ne sont pas employées par ce dernier à l'entretien de l'enfant. Lorsque, en plus du conjoint du bénéficiaire, d'autres personnes assurent la garde de l'enfant, les allocations familiales doivent être versées au conjoint. Le travailleur est considéré comme bénéficiaire des allocations familiales au sens des dispositions régissant le remboursement des allocations familiales indûment accordées.

Titre III  
Dispositions diverses

Article 8

Les dispositions du paragraphe 1 de l'article 25, de l'article 26, de l'article 27, du paragraphe 1 de l'article 28, de l'article 32, et des paragraphes 1 et 3 à 5 de l'article 33 de la Convention<sup>1</sup> sur la sécurité sociale, des articles 2 et 3 du Protocole additionnel à la Convention sur la sécurité sociale et de l'article 7 de l'Arrangement<sup>1</sup> relatif aux modalités d'application de ladite Convention, sont applicables par analogie.

Article 9

(1) Les autorités compétentes conviendront des mesures administratives nécessaires à l'application de la présente Convention. Elles se tiendront informées mutuellement des modifications et des compléments apportés à la législation visée à l'article 2 qui leur est applicable.

(2) Pour faciliter l'application de la présente Convention, les organismes de liaison suivants seront désignés:

en République fédérale d'Allemagne,

la Centrale de l'Office fédérale de l'Emploi (Hauptstelle der Bundesanstalt für Arbeit) à Nuremberg;

---

<sup>1</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1517, p. 149.

en République Tunisienne,

la Caisse Nationale de Sécurité Sociale à Tunis.

Titre IV  
Dispositions finales

Article 10

La présente Convention sera conclue pour une durée indéterminée. Chaque Etat contractant pourra la dénoncer à l'expiration d'une année civile sous réserve d'une préavis de trois mois.

Article 11

(1) La présente Convention sera soumise à ratification. Les instruments de ratification seront échangés à Tunis aussitôt que possible.

(2) La présente Convention entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant le dernier jour du mois au cours duquel les instruments de ratification auront été échangés.

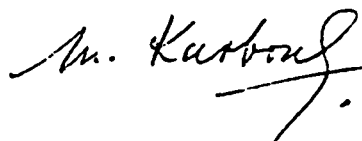
En foi de quoi, les plénipotentiaires, dûment autorisés par leurs Gouvernements respectifs, ont signé la présente Convention et y ont apposé leurs sceaux.

Fait à Bonn, le 20 septembre 1991,  
en double exemplaire en langues allemande, arabe et  
française, les trois textes faisant foi. En cas de  
divergences dans l'interprétation du texte allemand et du  
texte arabe, le texte français prévaudra.

Pour la République  
fédérale d'Allemagne :

Pour la République  
Tunisienne :

 1

 2

---

<sup>1</sup> Jürgen Oesterhelt.

<sup>2</sup> Karbouf.

## [TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT<sup>1</sup> BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE REPUBLIC OF TUNISIA CONCERNING FAMILY ALLOWANCES

The Federal Republic of Germany and the Republic of Tunisia,  
Desiring to extend their relations in the matter of social security to include family allowances, have agreed on the following provisions:

## PART I

## GENERAL PROVISIONS

*Article 1*

For the purposes of this Agreement:

1. "Territory" means:

In the case of the Federal Republic of Germany, the territory of the Federal Republic of Germany;

In the case of the Republic of Tunisia, the territory of the Republic of Tunisia.

2. "National" means:

In the case of the Federal Republic of Germany, a German within the meaning of the Basic Law of the Federal Republic of Germany;

In the case of the Republic of Tunisia, a person of Tunisian nationality within the meaning of the Tunisian Nationality Code.

3. "Legislation" means the laws, regulations, statutory provisions and other legislative acts relating to the branches and schemes of social security listed in article 2, paragraph 1, which are in force on the date of signature of this Agreement or which enter into force subsequently.

4. "Competent public authority" means:

In the case of the Federal Republic of Germany, the Federal Minister for Labour and Social Affairs;

In the case of the Republic of Tunisia, the Minister for Social Affairs.

5. "Insurance authority" means the institute or authority responsible for the application of the legislation specified in article 2, paragraph 1.

6. "Competent insurance authority" means the insurance authority which is competent under the applicable legislation.

7. "Contribution period" means a period in respect of which contributions have been paid or are treated as having been paid under the legislation as defined in the Convention between the Federal Republic of Germany and the Republic of

<sup>1</sup> Came into force on 1 August 1996 by the exchange of the instruments of ratification at Tunis, in accordance with article 11.



Tunisia on social security (hereinafter referred to as the Convention on social security) or in this Agreement.

8. "Equivalent period" means a period which is recognized as equivalent to a contribution period under the legislation, as defined in the Convention on social security or in this Agreement, under which it was completed or is deemed to have been completed.

#### Article 2

(1) Except as otherwise provided herein, this Agreement shall apply to:

1. The German legislation concerning family allowances (*kindergeld*);
2. The Tunisian legislation concerning family allowances.

(2) Provisions of other international agreements or of supranational legislation binding on one of the Contracting States, or provisions for the implementation thereof, shall not apply in the implementation of this Agreement.

#### Article 3

Except as otherwise provided herein, this Agreement shall apply to employed persons who are:

- (a) Nationals of either Contracting State;
- (b) Refugees within the meaning of article 1 of the Convention relating to the Status of Refugees of 28 July 1951<sup>1</sup> and the Protocol of 31 January 1967<sup>2</sup> annexed to that Convention;
- (c) Stateless persons within the meaning of article 1 of the Convention of 28 September 1954 relating to the Status of Stateless Persons.<sup>3</sup>

#### Article 4

The employed persons referred to in article 3 who are resident in the territory of either Contracting State shall be equated, in respect of the application of the legislation of that Contracting State, with nationals of the latter.

#### Article 5

(1) The provisions of articles 6 to 8 and article 10 of the Convention on social security shall apply *mutatis mutandis* to the obligation to pay contributions and to the grant of family allowances; derogations under the provisions of article 11 of the said Convention shall also apply to family allowances.

(2) When, in accordance with the provisions of the above paragraph, the legislation of the Contracting State in whose territory the employed person engages in employment is not applicable, the same shall apply to his spouse, provided that the latter is not subject, as a self-employed person, to the legislation of that Contracting State.

<sup>1</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 189, p. 137.

<sup>2</sup> *Ibid.*, vol. 606, p. 267.

<sup>3</sup> *Ibid.*, vol. 360, p. 117.

## PART II

## SPECIAL PROVISIONS

*Article 6*

In so far as, under the legislation of either Contracting State, the right to family allowances is subject to the completion of contribution periods or equivalent periods, the competent institution of that Contracting State shall also take into consideration the contribution periods and equivalent periods completed by the beneficiary as an employed person under the legislation of the other Contracting State as specified in the Convention on social security.

*Article 7*

(1) A worker who, pursuant to article 5, paragraph 1, is subject during the period of his employment to the legislation of one Contracting State shall also be entitled to family allowances for children who reside in the territory of the other Contracting State, provided that they are his dependents. Periods during which the worker, following expiration of his contract of employment, receives cash benefits for temporary disability under health insurance or benefits under unemployment insurance and is resident in the territory of the first Contracting State shall be equated with periods of employment.

(2) No more than four children shall be taken into account for the receipt of family allowances under paragraph 1. In so far as the rate for family allowances is determined by the child's rank, when a worker has children in the territory of both Contracting States they shall be counted separately.

(3) In the case of a worker subject to German legislation, the rate for family allowances, taking into account the total amount of family allowances granted for a family in Tunisia in accordance with Tunisian legislation (country of residence principle), shall be:

- For the first child, DM 10 per month;
- For the second child, DM 25 per month;
- For the third child, DM 25 per month;
- For the fourth child, DM 25 per month.

In the case of a worker subject to Tunisian legislation, the rate for family allowances shall be:

- For the first child, 4,320 dinars per month;
- For the second child, 3,840 dinars per month;
- For the third child, 3,360 dinars per month;
- For the fourth child, 2,880 dinars per month.

When there is a substantial change in the conditions that served as the basis for establishment of the aforesaid rates, new negotiations shall take place with a view to modifying these rates.

(4) Family allowances for the children listed below shall be paid until the children have turned 16, provided that they are unmarried:

1. Legitimate children;

2. Legitimized children;
3. Adopted children;
4. Recognized natural children;
5. Stepchildren cared for under the same roof as the beneficiary.

(5) When the conditions for entitlement to family allowances are met in respect of a child pursuant to both this Agreement and the legislation of the Contracting State in whose territory the child resides, family allowances shall be granted exclusively under the legislation of that Contracting State.

(6) When, during the course of a calendar month, a child transfers its residence from the territory of one Contracting State to the territory of the other Contracting State, the family allowances for that month shall be paid exclusively under the legislation of the Contracting State which is applicable to the beginning of that month, where necessary, subject to the provisions of this Agreement.

(7) Family allowances shall be paid by the competent institution in the currency of the Contracting State to whose legislation the worker is subject. At the worker's request the competent institution shall pay the family allowances, in discharge of the obligation, to the liaison office in the child's country of residence on behalf of the individual or legal entity mainly responsible for the child's care. The same shall apply if the liaison office in the child's country of residence initiates the request, at the request of such individual or legal entity, and proof is furnished that the family allowances paid to the worker are not being used by the latter for maintenance of the child. When the child is cared for not only by the beneficiary's spouse but also by other persons, family allowances must be paid to the spouse. For the purpose of the provisions governing the repayment of family allowances which are improperly granted, the worker shall be regarded as the beneficiary of family allowances.

### PART III

#### MISCELLANEOUS PROVISIONS

##### *Article 8*

The provisions of article 25, paragraph 1, article 26, article 27, article 28, paragraph 1, article 32 and article 33, paragraphs 1, 3, 4 and 5, of the additional protocol to the Convention<sup>1</sup> on social security<sup>1</sup>, and article 7 of the Arrangement<sup>1</sup> relating to the implementation of the above-mentioned Convention, shall apply *mutatis mutandis*.

##### *Article 9*

(1) The competent public authorities shall agree on the administrative measures necessary for implementing this Agreement. They shall inform each other of any changes in, and additions to, the legislation applicable to them referred to in article 2.

(2) For the purpose of facilitating the implementation of this Agreement, the following liaison offices are hereby established:

<sup>1</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 1517, p. 149.

In the Federal Republic of Germany: The Main Federal Office of Employment (Hauptstelle der Bundesanstalt für Arbeit) in Nuremberg;

In the Republic of Tunisia: The National Social Security Fund in Tunis.

PART IV

FINAL PROVISIONS

*Article 10*

This Agreement shall be concluded for an indefinite period. Either Contracting State may denounce it at the end of any calendar year, with three months' notice.

*Article 11*

(1) This Agreement shall be ratified. The instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible at Tunis.

(2) This Agreement shall enter into force on the first day of the second month following the month in which the instruments of ratification are exchanged.

IN WITNESS WHEREOF, the plenipotentiaries, duly authorized by their respective Governments, have signed this Agreement and have thereto affixed their seals.

DONE at Bonn on 20 September 1991, in duplicate, in the German, Arabic and French languages, the three texts being equally authentic. In the event of disagreement as to the interpretation of the German text and the Arabic text, the French text shall prevail.

For the Federal Republic  
of Germany:

JÜRGEN OESTERHOLT

For the Republic  
of Tunisia:

KARBOUL

---